

— FWG-Fraktion —

Wohnungsnot in der Emsstadt

Warendorf (gl). Baureife Grundstücke für Ein- und Mehrfamilienhausbebauung, aber auch freie Eigentumswohnungen sucht man in Warendorf oft vergebens. Das Problem der fehlenden Grundstücke ist mittlerweile allen Verantwortlichen bekannt, und neue Baugebiete werden jetzt entsprechend entwickelt. Nicht so im Fokus steht aber der genauso wichtige Bedarf an bezahlbaren Sozialwohnungen in unserer Stadt.

In der Sitzung des Planungsausschusses am 7. April stellte das Büro Schulten Stadt- und Raumentwicklung aus Dortmund eine Bedarfsanalyse für öffentlich geförderten Wohnraum in unserer Stadt für die nächsten Jahre vor. 16 Prozent der 18 300 Warendor-

fer Haushalte, also knapp 3000, sind demnach Bezieher einer Mindestsicherung. 7,5 Prozent, somit 1400 Haushalte, leben sogar an der Armutsgrenze und sind auf günstigen Wohnraum angewiesen. Auf der anderen Seite verfügt Warendorf aktuell über 555 Wohnungen, die sich noch in der Mietpreisbindung befinden, also öffentlich gefördert sind, und somit günstiger vermietet werden. Diese decken den Bedarf gerade einmal zu 20 Prozent ab.

Die Situation wird sich aber noch weiter verschärfen. Sollte in den nächsten Jahren kein weiterer sozialer Wohnraum geschaffen werden, prognostiziert das Büro Schulten auf Datengrundlage der NRW-Bank einen Rückgang auf 260 Wohnungen bis zum Jahre

2030. Die dann verfügbaren knapp 300 Wohnungen decken den Bedarf nicht einmal zu zehn Prozent.

Es ist Zeit zum Handeln. Verwaltung und Politik sind gefordert, jedes Jahr 20 neue Sozialwohnungen zu schaffen, um zumindest die derzeitige Quote bis ins Jahr 2030 zu retten. In den vergangenen Jahren waren es gerade mal vier neue Wohnungen pro Jahr, welche in die Mietpreisbindung fielen. Die FWG hat sich bei der Entwicklung der Grundstücke am Friedhof für die Bereitstellung eines städtischen Grundstücks für den sozialen Wohnungsbau stark gemacht. Weitere müssen folgen.

Sollten wir es nicht schaffen, günstigen Wohnraum bereitzu-

**Warendorfer
Rathaus-Echo**

Unter dieser I
aller fünf Rats
len ortspolitisc
dern können a

stellen, wird es für unsere Kommune teuer. Die Differenz der tatsächlichen Mietpreise und den damit verbundenen Zuschuss an die Bürger mit Wohnberechtigungsschein zahlen am Ende alle Steuerzahler dieser Stadt.

Die derzeit ausgeschriebenen Mindestgebotspreise für den Quadratmeter Bauland von 250 bis 300 Euro für Bauflächen in Warendorf sind für eine bauwillige Durchschnittsfamilie nicht zu stemmen, geschweige denn, dass so sozialer Wohnungsbau möglich gemacht werden kann. Die FWG fordert seit Jahren einen Zuschuss in Höhe von mindestens 2,50 Euro pro Kind und Quadratmeter Grundstücksfläche und wird sich weiter dafür einsetzen.

Frank Hartmann, FWG-Fraktion